



## **Anfrage Müller Guido und Mit. über die Stellungnahme zur Teilrevision der Signalisationsverordnung «Vereinfachung der Einführung von Tempo-30-Zonen und Carpooling»**

eröffnet am 21. März 2022

Am 8. Februar 2022 reichte der Regierungsrat die Stellungnahme zur Teilrevision der Signalisationsverordnung «Vereinfachung der Einführung von Tempo-30-Zonen und Carpooling» an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ein. Der Regierungsrat begrüsst die Absicht des Bundesrates, mittels einer Teilrevision der Signalisationsverordnung die Einführung von Tempo-30-Zonen auf siedlungsorientierten Strassen zu vereinfachen. Der Regierungsrat erachtete die erleichterte Einführung von Tempo-30-Zonen jedoch für Blaulichtorganisationen als problematisch und – je nach Situation – auch für die Zuverlässigkeit des öffentlichen Verkehrs. Den vorgeschlagenen Regelungen für das Carpooling stimmt der Regierungsrat im Grundsatz zu, weist allerdings auf die Vollzugsschwierigkeiten (Kontrolle usw.) namentlich beim ruhenden Verkehr hin.

Zu dieser eingereichten Stellungnahme stellen sich einige Fragen:

1. Basierend auf welchen Entscheiden des Luzerner Kantonsrates wurde die eingereichte Stellungnahme verfasst?
2. Welche Koordination fand mit den kantonalen Vertretern der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) statt?
3. Wie werden die grossen Abweichungen zu den Stellungnahmen der Nachbarkantone begründet?
4. Wie wurden die Interessen der Gemeinden in der eingereichten Stellungnahme berücksichtigt?
5. Welche Strassen bezeichnet der Regierungsrat als grundsätzlich ungeeignet, um Tempo-30-Zonen anzuordnen?
6. Wie wird der Begriff «siedlungsorientierte Strasse, die primär den Anwohnenden dienen» geografisch abgegrenzt, und wie werden die Anliegen des Gewerbes berücksichtigt?
7. Wie kann aus Sicht der Regierung sichergestellt werden, dass durch den Verzicht auf Gutachten keine unterschiedlichen Massstäbe innerhalb des Kantons angewandt werden?
8. Ist der Regierungsrat bereit, die gesetzlichen Voraussetzungen so anzupassen, dass bei Einführung von Tempo 30 auf Hauptstrassen solche Strassen als Ganzes automatisch zu Gemeindestrassen umklassiert und von den betreffenden Gemeinden übernommen werden?
9. Welche Behinderungen des öffentlichen Verkehrs (öV) sieht der Regierungsrat bei einer Umsetzung einer Freigabe von Busspuren für Fahrgemeinschaften, und sind Umsteigeeffekte vom öV auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu erwarten?
10. Wie soll das privilegierte Parkieren für Fahrzeug von Fahrgemeinschaften umgesetzt werden, und auf Kosten welcher Parkfelder soll dies erfolgen?
11. Nach welchen Kriterien sollen solche Parkfelder zugeteilt werden, und wie soll das betroffene Gewerbe miteinbezogen werden?
12. Welchen personellen Bedarf und finanziellen Aufwand beziffert der Regierungsrat für die Durchsetzung und die Kontrolle von Regelungen eines Carpooling und für das privilegierte Parkieren?

13. Welche Interventionen hat der Regierungsrat zum Schutz der Feuerwehrangehörigen bereits eingeleitet, um eine Ausnahmeregelung für Tempoüberschreitungen zu/bei Einsätzen zu erwirken?

*Müller Guido*

Müller Pius

Schärli Thomas

Keller Daniel

Steiner Bernhard

Thalmann-Bieri Vroni

Schnydrig Monika

Ursprung Jasmin

Meyer-Huwylar Sandra

Knecht Willi

Lang Barbara

Bucher Mario

Graber Toni

Haller Dieter

Zanolla Lisa

Gisler Franz

Arnold Robi

Frank Reto

Lüthold Angela

Schumacher Markus